

<p>Antrag an die</p> <p><input type="checkbox"/> L-Bank Schlossplatz 10 76113 Karlsruhe</p> <p><input type="checkbox"/> L-Bank Postfach 10 29 43 70025 Stuttgart</p>	<p>auf Eigentumsförderung für den Kauf oder Bau eines Hauses / einer Eigentumswohnung zur Selbstnutzung</p> <p>Bitte lesen Sie die Erläuterungen zum Antrag!</p>
---	---

Persönlich einzureichen über die Wohnraumförderungsstelle

Eingangsstempel der Wohnraumförderungsstelle

I. Persönliche Angaben

1. Antragsteller / Bauherr *)

Person 1:

Name	
Geburtsname, früherer Name	Vorname
Geburtsort, Geburtsdatum	
Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Telefon	Fax
E-Mail	
Voranschrift, sofern kürzer als 4 Jahre wohnhaft, Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Staatsangehörigkeit	

Person 2:

Name	
Geburtsname, früherer Name	Vorname
Geburtsort, Geburtsdatum	
Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Telefon	Fax
E-Mail	
Voranschrift, sofern kürzer als 4 Jahre wohnhaft, Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Staatsangehörigkeit	

Niederlassungserlaubnis (Nachweis beigelegt)

ja nein

Personenstand

verheiratet ledig geschieden
 auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft
 Lebenspartnerschaft

Güterstand bei Ehepaaren Zugewinngemeinschaft
 Güterstand bei Lebenspartnern Ausgleichsgemeinschaft

Der Haushalt besteht aus ____ Personen, darunter ____ Kinder

Niederlassungserlaubnis (Nachweis beigelegt)

ja nein

Personenstand

verheiratet ledig geschieden
 auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft
 Lebenspartnerschaft

Gütergemeinschaft Gütertrennung
 Lebenspartnerschaftsvertrag

Anzahl Jungen	Alter in Jahren
Anzahl Mädchen	Alter in Jahren

und den weiteren Haushaltsangehörigen (zum Beispiel Großeltern)

--

*) In diesem Antrag verwendete Bezeichnungen wie „Antragsteller“ oder „Bauherr“ werden geschlechtsunspezifisch verwendet. Dies erfolgt aus Gründen der Lesbarkeit und beinhaltet weder Ausschluss noch Wertung.

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

--

2. Sind Sie Eigentümer einer Wohnung / eines Eigenheims

ja nein

Größe des Wohneigentums/Wohnfläche in m ²
--

3. Beruf / Arbeitgeber / Elternzeit der Antragsteller

Person 1:	Person 2:	Sonstige Familienangehörige
derzeit ausgeübter Beruf	derzeit ausgeübter Beruf	derzeit ausgeübter Beruf
Arbeitgeber	Arbeitgeber	Arbeitgeber
dort ungekündigt beschäftigt seit (Datum)	dort ungekündigt beschäftigt seit (Datum)	dort ungekündigt beschäftigt seit (Datum)
Arbeits-/ Ausbildungsverhältnis befristet bis (Datum)	Arbeits-/ Ausbildungsverhältnis befristet bis (Datum)	Arbeits-/ Ausbildungsverhältnis befristet bis (Datum)
Elternzeit von - bis (Datum)	Elternzeit von - bis (Datum)	Elternzeit von - bis (Datum)
<input type="checkbox"/> Selbständiger/Angestellter im eigenen Unternehmen	<input type="checkbox"/> Selbständiger/Angestellter im eigenen Unternehmen	<input type="checkbox"/> Selbständiger/Angestellter im eigenen Unternehmen
<input type="checkbox"/> Angestellter/Arbeiter/Rentner	<input type="checkbox"/> Angestellter/Arbeiter/Rentner	<input type="checkbox"/> Angestellter/Arbeiter/Rentner
<input type="checkbox"/> Beamter/Pensionär	<input type="checkbox"/> Beamter/Pensionär	<input type="checkbox"/> Beamter/Pensionär

zusätzliche Angaben für Selbständige / Angestellte im eigenen Unternehmen

Selbständig/angestellt seit	Selbständig/angestellt seit	Selbständig/angestellt seit
Branche	Branche	Branche
Name und Sitz des Unternehmens	Name und Sitz des Unternehmens	Name und Sitz des Unternehmens

4. Angaben zum Bruttoeinkommen

Einkommen nach § 12 Landeswohnraumförderungsgesetz (LWoFG)

	Person 1 Betrag in Euro	Person 2 Betrag in Euro	Weitere Haushaltsangehörige (Bei mehr als vier Haushaltsangehörigen mit Einnahmen bitte Angaben für weitere Haushaltsangehörige auf gesondertem Blatt)	
1. Bruttojahresverdienst aus nicht selbständiger Arbeit (auch Nebentätigkeit) und Sonderzahlungen wie zum Beispiel Weihnachts-, Urlaubsgeld				
2. Gewinn (Überschuss der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben) bei selbständiger Tätigkeit, Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb				
3. Einnahmen bei Vermietung und Verpachtung und Kapitalvermögen				
4. Wiederkehrende Bezüge aus Renten, Pensionen, Altersvorsorgevermögen, unabhängigen Tätigkeiten, Versorgungsleistungen aus Vermögensübergabeverträgen				
Zwischensumme				
abzüglich				
5. Werbungskosten zu 1.				
6. Werbungskosten zu 3. (Beträge getrennt)				
7. Werbungskosten zu 4.				
Zwischensumme				
Gesamteinkommen				

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

5. Kindergeld

Steht Ihnen als Antragsteller Kindergeld zu? ja nein

Betrag monatlich in Euro

 für ____ Kinder.

6. Wissen Sie schon, ob sich Ihre oder die Einnahmen einer zu Ihrem Haushalt zählenden Person in den nächsten 12 Monaten verringern oder erhöhen werden?

nein ja

falls ja, bei wem, wann und aus welchem Grund?

Name, Vorname	Grund	neuer Betrag monatlich in Euro	ab (Datum)
---------------	-------	--------------------------------	------------

7. Unterhaltsleistungen

Sie erhalten für ____ Kinder Unterhalt in Höhe von

--

 Euro monatlich

Sie erhalten Ehegattenunterhalt in Höhe von

--

 Euro monatlich

Sie erhalten sonstige Unterhaltsleistungen in Höhe von

--

 Euro monatlich

Die Unterhaltsleistungen sind durch Urteil/notarielle Urkunde/Bescheid/Vertrag nachzuweisen.

8. Folgende zum Haushalt gehörende Angehörige sind:

Schwerbehinderte mit einem Ausweis nach § 69 SGB IX	Name, Vorname	Name, Vorname	Name, Vorname
---	---------------	---------------	---------------

Die Schwerbehinderung verursacht spezielle Wohnbedürfnisse ja nein

9. Vermögensverhältnisse (ohne Grundstück und Eigenkapital für geplantes Bauvorhaben)

Grundvermögen (Falls Raum nicht ausreichend, bitte besondere Aufstellung beifügen. Es ist jede Wohnung (WE) gesondert auszuweisen.)

Lage des Objekts (Ort, Straße, Hausnummer)	Art des Objekts (Haus, Eigen- tumswohnung) und Anzahl Wohneinheiten/ Grundstück	Wohn- fläche je Wohn- einheit in m ²	Erwerbs- oder Herstellungs- kosten in Euro	Höhe der auf dem Objekt lastenden Ver- bindlichkeiten (Restschuld) in Euro	jährliche Zahlungsverpflichtungen aus den Verbindlichkeiten		jährliche Miet- und Pacht- erträge (Kaltmiete ohne Nebenkosten) in Euro
					Tilgungs- beträge in Euro	Zinsaufwand in Euro	

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

Immobilienfonds	in Euro
Anteile an geschlossenen Immobilienfonds (Wert) / offenen Immobilienfonds (Wert)	
finanziert mit Darlehen in Höhe von	
<hr/>	
Sonstiges Vermögen (soweit es nicht in die Finanzierung eingebracht wird)	in Euro
Bank-, Sparkassen- und Bausparguthaben	
Aktien	
Sonstige Wertpapiere/Rentenpapiere	
Beteiligungen an: _____	
Sonstiges Vermögen: _____	
Summe:	

10. Sonstige Verpflichtungen (Bitte ausfüllen, um Rückfragen zu vermeiden!)

Wir erklären,

- keine weiteren Verpflichtungen weitere Verpflichtungen wie nachfolgend aufgelistet

zu haben (Verträge, gerichtliche Entscheidungen und so weiter wurden als Nachweis beigefügt):

		Betrag in Euro		Betrag in Euro
Unterhaltszahlungen	Höhe insgesamt	 	Belastung monatlich	
Ratendarlehen / sonstige Kredite	Ursprungsbetrag	 	 	
	Höhe der Restschuld	 	monatliche Zahlungsverpflichtung	
Leasingrate	Höhe der Restschuld	 	Rate monatlich	
Bürgschaft	Höhe der verbürgten Forderung	 	Fiktive Belastung monatlich hieraus (8% Zins, 1% Tilgung)	
Verpflichtungen aus Immobilienfonds	Höhe der Restschuld	 	Belastung monatlich	
Sonstige Verpflichtungen	Höhe insgesamt	 	Belastung monatlich	
Sonstige Verbindlichkeiten insgesamt		 	monatliche Gesamtbelastung	

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

II. Vorhaben

11. Grundstück

Kreis	Flurstücknummer	Gemeinde	Größe in m ²
Gemarkung		Straße, Hausnummer	
derzeit im Grundbuch eingetragener Eigentümer			
Falls Erbbaurecht: Erbbauberechtigter			Laufzeit des Erbbaurechts bis (Datum)
Bei Eigentumswohnungen: Nummer im Aufteilungsplan			Miteigentumsanteil pro 1000

Das Grundstück ist unbebaut bebaut mit ____ Wohnungen. Bleiben die Wohnungen erhalten? ja nein

12. Objektbeschreibung

Geplant ist der Bau von neuem Wohnraum mit ____ Wohnungen.

in konventioneller Bauweise (Massivhaus) Fertighaus Ausbauhaus

Antrag auf Baugenehmigung wurde gestellt/Die Bauanzeige erfolgte am

Datum

der Erwerb von neuem Wohnraum

Eigentumswohnung Wohnhaus mit ____ Wohnungen.

Baubeginn (Datum)

Bezugsfertigkeit (Datum)

vorgesehener Einzugstermin (Datum)

der Erwerb von vorhandenem Wohnraum

Eigentumswohnung Wohnhaus mit ____ Wohnungen.

Vorhergesehener Einzugstermin (Datum)

Datum Bezugsfertigkeit

wird bereits bewohnt seit (Datum)

Ist die zur Eigennutzung vorgesehene Wohneinheit vermietet? nein ja

Wenn ja, bis wann (Datum)

eine Änderungs- und Erweiterungsmaßnahme zur Schaffung von Wohnraum

Baujahr des Bestandes

Das Vorhaben liegt in einem Orts- beziehungsweise Ortsteilzentrum

nein ja Wenn ja, bitte Stellungnahme des Bürgermeisteramtes des Bauortes (Vordruck 9042) beifügen

13. Nutzung

Das Objekt wird von Anfang an selbst genutzt ja nein

Wenn nein, bitte Gründe angeben

14. Umfang und Größe des zu erstellenden beziehungsweise zu erwerbenden Objektes

Objekt Haus/ Eigentumswohnung	Geschoss	Zimmer (Anzahl)	Küche	Bad/WC	Wohnfläche in m ²
Summe					

Zusätzliche Angaben bei Änderung oder Erweiterung zu den vorhandenen Räumen

Objekt Haus/Eigentumswohnung	Geschoss	Zimmer (Anzahl)	Küche	Bad/WC	Wohnfläche in m ²
Summe					

gewerbliche Räume mit _____ m² Nutzfläche und ____ Garage/n

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

III. Aufstellung der Gesamtkosten

15. Neubau

Neubau: Grundstück

Kaufpreis oder Wert Euro je m² Euro

Erschließung und Herrichten Euro

Erwerbskosten des Grundstücks

Makler Euro

Notar Euro

Grundbuchkosten Euro

Grunderwerbsteuer Euro Euro

Gebäude

- In konventioneller Bauweise

m³ zu je Euro Euro

oder

- Preis für das schlüsselfertige Haus Euro

oder

- Preis für das Fertighaus/Ausbauhaus
 - Preis für das Haus Euro
 - Preis für den Keller Euro
 - Fertigstellung/Selbsthilfe zuzüglich Materialkosten Euro

Garagen Euro

Zusätzliche Kosten (vergleiche Ziffer 18) Euro

Sonderausstattungen Euro Euro

Außenanlagen

Hausanschlusskosten Euro

Hof, Wegflächen, Terrassen, Einfriedungen Euro

Gartenanlagen Euro

Sonstiges Euro Euro

Baunebenkosten

Architekten-, Ingenieurleistungen Euro

Verwaltungsleistungen (zum Beispiel Baugenehmigungen) Euro Euro

weitere Kosten

Finanzierungskosten (Disagio) Euro

Sonstige Kosten Euro Euro

Gesamtkosten Euro

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

16. Erwerb von gebrauchtem Wohnraum/Änderung oder Erweiterung:

Kaufpreis Gebäude / Wert verwendeter Gebäudeteile Euro

davon Grundstückswert (soweit bekannt) Euro

Erwerbskosten:

Makler Euro

Notar Euro

Grundbuchkosten Euro

Grunderwerbsteuer Euro

Instandsetzung / erwerbsnahe Modernisierung Euro

Darstellung der Instandsetzung / erwerbsnahen Modernisierung

- Maßnahmen zur Erhöhung des Gebrauchswertes**
Durch bauliche Maßnahmen zur Verbesserung
 - des Zuschnitts von Wohnungen,
 - des Zugangs zur Wohnung und Wohngebäuden sowie der Beweglichkeit in Wohnungen (Barrierearmut),
 - der natürlichen Belichtung und Belüftung,
 - des Schallschutzes, wobei für die Förderung von Schallschutzfenstern mindestens der Lärmpegelbereich IV nach DIN 4109 vorliegen muss
 - der Energieversorgung, der Wasserversorgung und der Entwässerung,
 - der sanitären Einrichtungen (Bad, Dusche, WC).
- Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit von Wohnungen**
Das Objekt wird barrierefrei nach DIN 18025 Teil 1 (Barrierefreie Wohnungen; Wohnungen für Rollstuhlfahrer; Planungsgrundlagen) und Teil 2 (Barrierefreie Wohnungen; Planungsgrundlagen) einschließlich der barrierefreien Zugänglichkeit zur Wohnung und zum Wohngebäude modernisiert.
- Maßnahmen zur Verbesserung des Wärmeschutzes und der Verminderung des Heizenergieverbrauches**
Die Anforderungen der Energieeinsparverordnung (EnEV) werden auf Grund nachfolgender Maßnahmen eingehalten:
 - Nachträgliche Wärmedämmung der Gebäudeaußenwände, des Daches, der Kellerdecke oder von erdberührten Außenflächen beheizter Räume,
 - Fenstererneuerung (Einbau von Fenstern mit Wärmeschutzverglasung oder der Austausch vorhandener Verglasung gegen Wärmeschutzverglasung),
 - Erneuerung von Heizungstechnik auf Basis fossiler Brennstoffe (Brennwertkessel; Klein-Blockheizkraftwerke - ohne Einsatz erneuerbarer Energien),
 - Maßnahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien einschließlich der unmittelbar durch die Nutzung der Anlage veranlassten Maßnahmen, soweit sie der Minderung des Heizenergieverbrauchs dienen.

Instandsetzungsmaßnahmen zur Behebung baulicher Mängel durch Reparatur und Erneuerung sind in den Kosten nur insoweit einbezogen, als sie zusammen mit den oben aufgeführten erwerbsnahen Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt und durch Modernisierung verursacht werden oder notwendig sind.

Renovierung Euro

Umbau, Ausbau und Erweiterung Euro

Weitere Kosten:

Finanzierungskosten (Disagio) Euro

Sonstige Kosten Euro

Gesamtkosten Euro

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

17. Gesamtkosten bei Anpassungsförderung an bereits bestehendem Wohnraum ohne vorherige Förderung

Wert des Objektes

Erwerbs- oder Herstellungskosten Euro

davon Grundstückswert (soweit bekannt) Euro

Anpassungskosten / Instandsetzungskosten / Renovierungskosten insgesamt Euro

Weitere Kosten:

Finanzierungskosten (Disagio) Euro

Sonstige Kosten Euro

Gesamtkosten Euro

18. Mehrkosten, die in den Gesamtkosten von Ziffer 15/16/17 enthalten sind, (Bitte entsprechende Nachweise beifügen!)

für die Errichtung des Vorhabens im Rahmen des "Innovativen Wohnungsbau"

- Es ist insbesondere kostengünstig und nachhaltig
- Es wird in besonderer Weise flächensparend ausgeführt
- Es ist als Wohnvorhaben in der Innenstadt geplant

Durch die innovative Bauausführung entstehen die in den Gesamtkosten von **Ziffer 15/16** enthaltenen und nachgewiesenen Mehrkosten in Höhe von Euro

für Ökologisch wirksame Bauausführung

- Das Bauvorhaben wird als KfW-Effizienzhaus 55 errichtet
- Das Bauvorhaben wird als KfW-Passivhaus errichtet
- Der Erwerb des Objektes einschließlich der erwerbsnahen Modernisierung erfüllt die Anforderungen der Energieeinsparverordnung für Neubauten.

Durch die ökologische Bauausführung entstehen die in den Gesamtkosten von **Ziffer 15/16** enthaltenen und nachgewiesenen Mehrkosten in Höhe von Euro

für nachweisbare Mehrkosten durch besondere bauliche Maßnahmen für schwerbehinderte Menschen mit spezifischen Wohnungsversorgungsproblemen

- Durch die behindertengerechte Bauausführung/Anpassung entstehen die in den Gesamtkosten von **Ziffer 15/16/17** enthaltenen Mehrkosten in Höhe von Euro
- Durch die rollstuhlgerechte Bauausführung/Anpassung entstehen die in den Gesamtkosten von **Ziffer 15/16/17** enthaltenen Mehrkosten in Höhe von Euro

für nachweisbare Mehrkosten durch besondere bauliche Maßnahmen für barrierefreies Bauen

- Das Bauvorhaben wird barrierefrei nach DIN 18025 Teil 2 errichtet/modernisiert
- Das Bauvorhaben wird rollstuhlgerecht nach DIN 18025 Teil 1 errichtet/modernisiert

Durch die barrierefreie Bauausführung/Modernisierung entstehen die in den Gesamtkosten von **Ziffer 15/16/17** enthaltenen und nachgewiesenen Mehrkosten in Höhe von Euro

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

IV. Finanzierung

19. Finanzierungsplan

Geldgeber Art der Finanzierungsmittel	Nennbetrag in Euro	Aus- zahl- kurs in %	Zins- fest- schrei- bung in Jahren	Jährliche Belastung aus				Gesamtbelastung aus Finanzierung mit Fiktivberechnung im Jahr Betrag in Euro	
				Zinsen, Verwaltungskosten		Zinsen bei Fiktivrechnung	Tilgung Lebensver- sicherungsbeitrag/ Bausparbeitrag		
1	2	3	4	in %	Betrag in Euro	6	in %	Betrag in Euro	8
Erststellige Finanzierung									
Ergänzungsdarlehen über L-Bank									
Ergänzungsdarlehen über L-Bank									
KfW-Darlehen über L-Bank									
KfW-Darlehen über L-Bank									
Zinsverbilligtes Kapitalmarktdarlehen <input type="checkbox"/> inklusive Programm- zuschläge als Darlehen									
Optionsdarlehen									
Baukostenzuschuss									
Kapitalmarktdarlehen mit städtischer Zinsverbilligung									
Sonstige Finanzierung									
jährlicher Erbbauzins	X	X	X			X	X	X	
19.1 Summe der Finanzierungsmittel						19.2 Gesamtbelastung aus Finanzierung			

Eigenleistung

Betrag in Euro

Wert des eigenen Baugrundstücks / mit eigenen Mitteln bezahlter Kaufpreis	
Wert verwendeter Gebäudeteile gemäß (Ziffer 16)	
Barmittel (eigene Bankguthaben)	
Barmittel (Schenkung)	
Ansparsumme aus Bausparvertrag	
Wert der Selbsthilfe laut Vordruck 0004	
sonstige Baukostenzuschüsse	
19.3 Summe Eigenleistungen	

= % der Gesamtfinanzierung

Gesamtfinanzierung Summe 19.1 + 19.3	
---	--

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

20. Objektbelastung

20.1 Bewirtschaftungskosten

Betrag in Euro

Folgende Pauschalbeträge sind anzusetzen:

- eigengenutzter Wohnraum im eigenen Haus 25 Euro/m² Wohnfläche
 - als KfW Effizienzhaus 70 errichtet 23 Euro/m² Wohnfläche
 - als KfW Effizienzhaus 55/Passivhaus errichtet 21 Euro/m² Wohnfläche
- Eigentumswohnung mit Aufzug und Hausmeister 30 Euro/m² Wohnfläche
 - als KfW Effizienzhaus 70 errichtet 28 Euro/m² Wohnfläche
 - als KfW Effizienzhaus 55/Passivhaus errichtet 26 Euro/m² Wohnfläche
- Eigentumswohnung ohne Aufzug und Hausmeister 28 Euro/m² Wohnfläche
 - als KfW Effizienzhaus 70 errichtet 26 Euro/m² Wohnfläche
 - als KfW Effizienzhaus 55/Passivhaus errichtet 24 Euro/m² Wohnfläche
- gewerblich genutzte Räume 23 Euro/m² Wohnfläche
- vermieteter Wohnraum im Mehrfamilienhaus 15 Euro/m² Wohnfläche
- vermietete Einliegerwohnung im Einfamilienhaus 11 Euro/m² Wohnfläche

Bewirtschaftungskosten -pauschal- für Gebäude/Wohnung m² zu Euro jährlich

Bewirtschaftungskosten gewerblich genutzter Räume m² zu Euro jährlich

Bewirtschaftungskosten vermieteter Wohnräume m² zu Euro jährlich

20.1 Summe Bewirtschaftungskosten

20.2 Jahreserträge (Mietträge ohne Nebenkosten)

aus vermieteten Wohnungen (auch Einliegerwohnungen) m² zu Euro monatlich x 12

aus gewerblich genutzten Räumen m² zu Euro monatlich x 12

20.2 Summe der Jahreserträge

20.3 Objektbelastung

Übertrag 19.2 Gesamtbelastung aus Finanzierung

Übertrag 20.1 Bewirtschaftungskosten +

Übertrag 20.2 Jahreserträge ./.

Objektbelastung jährlich

Objektbelastung monatlich

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

V. Erklärung der/des Antragsteller/s

21. Bestehende Geschäftsverbindungen

Wenn Sie bereits Schuldner/Mitschuldner/Bürgen von Darlehen sind, die von der L-Bank zugesagt beziehungsweise verbürgt wurden, bitte Angabe der Konto- beziehungsweise Bürgschaftsnummer:

Person 1	<input type="text" value="Kontonummer"/>	Person 2	<input type="text" value="Kontonummer"/>
Mitschuldner zu	<input type="text" value="Kontonummer"/>	Bürge zu	<input type="text" value="Kontonummer"/>

Bei mehrheitlicher Beteiligung an einem Unternehmen:

Unternehmer ist Schuldner/Mitschuldner/Bürge nachstehender bewilligter oder verbürgter Darlehen:

Darlehen 1	<input type="text" value="Kontonummer"/>	Darlehen 2	<input type="text" value="Kontonummer"/>
------------	--	------------	--

22. Insolvenzverfahren

Wir versichern, dass über das Vermögen aller Antragsteller weder das Konkurs- oder Insolvenzverfahren eröffnet noch mangels Masse abgelehnt wurde. Keiner der Antragsteller hat die eidesstattliche Versicherung (früher Offenbarungseid) abgegeben. Es erging gegen keinen der Antragsteller Haftbefehl zur Erzwingung der eidesstattlichen Versicherung. Weder in das bewegliche noch unbewegliche Vermögen der Antragsteller wurde die Zwangsvollstreckung betrieben.

23. Erklärungen

Wir versichern, dass die vorstehenden Angaben richtig und vollständig sind. Insbesondere bestätigen wir, dass die aufgeführten Haushaltsangehörigen keine weiteren Einnahmen als die angegebenen haben, auch nicht aus gelegentlichen Nebentätigkeiten. Die erforderlichen Nachweise und Belege sind beigefügt und entsprechen den tatsächlichen Gegebenheiten.

Wir haben **keine weitere Förderung** **folgende weitere Förderung für das Bauvorhaben beantragt:**

bei wem
was

Die Gewährung der Fördermittel kann versagt oder widerrufen werden, soweit vorstehende Angaben bewusst unrichtig oder unvollständig sind. Uns ist bekannt, dass zu unrecht ausgezahlte Gelder unverzüglich zurückzuzahlen und diese Beträge vom Tag ihrer Auszahlung bis zu ihrer Rückzahlung mit 5 % über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen sind. Uns ist bekannt, dass es bei vorzeitigem Baubeginn beziehungsweise Vertragsabschluss keine Fördermittel gibt.

Wir beantragen ausdrücklich die L-Bank Darlehen und Zuschüsse wie im Finanzierungsplan angegeben. Uns ist bekannt, dass die im Finanzierungsplan angegebenen Zinssätze freibleibend sind und von der L-Bank erst bei Darlehenszusage verbindlich festgelegt werden.

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

24. Datenschutz

Der Antragsteller wird darauf hingewiesen, dass die bei ihm erhobenen Daten für die Bearbeitung der beantragten L-Bank Darlehen und Zuschüsse benötigt werden; gleichzeitig ist er damit einverstanden, dass Auskünfte bei der SCHUFA (Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung) (siehe nachstehend) eingeholt werden. Er willigt in die Verarbeitung, insbesondere das Speichern, Nutzen und Übermitteln, der erhobenen Daten zum Zweck der Bewilligung und Verwaltung der gewährten Gelder ein. Dazu zählt auch die Übermittlung von Daten an das Bürgermeisteramt, Landratsamt sowie die SCHUFA. Der Antrag kann nur bearbeitet werden, wenn die geforderten Daten vollständig mitgeteilt und in die Datenverarbeitung eingewilligt wurde.

25. SCHUFA-Klausel

Wir willigen ein, dass die L-Bank der SCHUFA Holding AG, Kormoranweg 5, 65201 Wiesbaden, Daten über die Beantragung, die Aufnahme (Kreditnehmer, Mitschuldner, gegebenenfalls auch Kreditbetrag, Laufzeit, Ratenbeginn) dieses grundpfandrechtlich gesicherten Kredites sowie dessen Rückzahlung übermittelt.

Unabhängig davon wird die L-Bank der SCHUFA auch Daten aufgrund nicht vertragsgemäßen Verhaltens (zum Beispiel Forderungsbetrag nach Kündigung) übermitteln. Diese Meldungen dürfen nach dem Bundesdatenschutzgesetz nur erfolgen, soweit dies nach der Abwägung aller betroffenen Interessen zulässig ist.

Insoweit befreien wir die L-Bank zugleich vom Bankgeheimnis.

Die SCHUFA speichert und übermittelt die Daten an ihre Vertragspartner im EU-Binnenmarkt, um diesen Informationen zur Beurteilung der Kreditwürdigkeit von natürlichen Personen zu geben. Vertragspartner der SCHUFA sind vor allem Kreditinstitute sowie Kreditkarten- und Leasinggesellschaften. Daneben erteilt die SCHUFA auch Auskünfte an Handels-, Telekommunikations- und sonstige Unternehmen, die Leistungen und Lieferungen gegen Kredit gewähren. Die SCHUFA stellt personenbezogene Daten nur zur Verfügung, wenn ein berechtigtes Interesse hieran im Einzelfall glaubhaft dargelegt wurde. Zur Schuldnerermittlung gibt die SCHUFA Adressdaten bekannt. Bei der Erteilung von Auskünften kann die SCHUFA ihren Vertragspartnern ergänzend einen aus ihrem Datenbestand errechneten Wahrscheinlichkeitswert zur Beurteilung des Kreditrisikos mitteilen (Score-Verfahren).

Wir können Auskunft bei der SCHUFA über die uns betreffenden gespeicherten Daten erhalten. Weitere Informationen über das SCHUFA-Auskunfts- und Score-Verfahren enthält ein Merkblatt, das auf Wunsch zur Verfügung gestellt wird. Die Adresse der SCHUFA lautet:

SCHUFA Holding AG, Verbraucherservice, Postfach 5640, 30056 Hannover.

	Rechtsverbindliche Unterschrift aller Antragsteller
Ort, Datum	Person 1
	Person 2

26. Beauftragter der Antragsteller

Werden Dritte (zum Beispiel Finanzierungsvermittler) mit der Wahrnehmung der Interessen der Antragsteller beauftragt, so können Auskünfte, der Schriftwechsel und Ähnliches nur dann dem Vertreter erteilt werden, wenn eine entsprechende von allen Antragstellern unterzeichnete Vollmacht im Original vorliegt.

27. An Unterlagen sind beigefügt:

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> 1. Genehmigungsfähiges Baugesuch (inklusive Lageplan beziehungsweise Lageplanskizze) auch für Garagen
<input type="checkbox"/> 2. Baubeschreibung (Vordruck 9050)
<input type="checkbox"/> 3. Detaillierte Wohnflächenberechnung
<input type="checkbox"/> 4. Detaillierte Berechnung des umbauten Wohnraums
<input type="checkbox"/> 5. Grundbuchabschrift neuesten Datums
<input type="checkbox"/> 6. Schriftliche Nachweise der Fremdmittel und Eigenleistungen
<input type="checkbox"/> 7. Einkommensnachweise | <input type="checkbox"/> 8. Nachweis der Unterhaltszahlungen
<input type="checkbox"/> 9. Energieausweise
<input type="checkbox"/> 10. Foto bei Erwerb von gebrauchtem Wohnraum
<input type="checkbox"/> 11. Identifikation/Stellungnahme des Bürgermeistersamtes (Vordruck 9042)
<input type="checkbox"/> 12. Nachweis der Aufenthaltsberechtigung bei Antragstellern mit ausländischer Staatsangehörigkeit durch Niederlassungserlaubnis oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis
<input type="checkbox"/> 13. Nachweis zu den sonstigen Verpflichtungen |
|--|--|

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

L-Bank Schlossplatz 10 76113 Karlsruhe	Nachweis der Selbsthilfe zum Darlehensantrag Bitte ausfüllen, wenn Eigenleistungen durch Eigenarbeit (Selbsthilfe) erbracht werden.
---	---

Kundennummer	Kennzeichen	Kontonummer	
Bauherr/Bewerber	Anschrift , Straße, Hausnummer	PLZ	Ort
Bauvorhaben , Straße, Hausnummer	PLZ	Ort	Kreis

Bei den nachstehenden Gewerken werden Leistungen durch Selbsthilfe erbracht.

Art der Eigenleistung/Gewerke	Aufwand bei der Vergabe an einen Unternehmer ¹⁾ als Betrag in Euro	Einsparungen durch Selbsthilfe ²⁾ als Betrag in Euro
Bauplanung und ähnliches		
Rohbau		
Erdarbeiten		
Kanalisationsarbeiten		
Maurer- und Betonarbeiten		
Zimmererarbeiten		
Klempnerarbeiten		
Dachdeckerarbeiten		
Ausbau		
Heizungsinstallationsarbeiten		
Sanitärinstallationsarbeiten		
Elektroinstallationsarbeiten		
Glaserarbeiten		
Schreinerarbeiten		
Schlosserarbeiten		
Innenputzarbeiten		
Estricharbeiten		
Fliesenarbeiten		
Fußbodenbeläge		
Maler- und Tapezierarbeiten		
Außenfassade		
Außenanlagen		
Planierungsarbeiten		
Gartenanlagen		
Wert der Selbsthilfe²⁾		

1) Diese Beträge sind für die jeweiligen Gewerke als Kosten anzusetzen und bei der Kostenzusammenstellung im Darlehensantrag zu berücksichtigen.
2) Dieser Betrag ist im Finanzierungsplan als Wert der Selbsthilfe bei den Eigenleistungen anzusetzen.

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

L-Bank Schlossplatz 10 76113 Karlsruhe	Baubeschreibung
---	------------------------

Gebäude-Flurstücknummer	Straße	Ort
Bauherr*)		
Planverfasser gemäß § 43 Landesbauordnung (LBO)		
Bauleiter gemäß § 45 Landesbauordnung (LBO)		

A. Baugrundstück

Lage des Baugebiets gemäß 1. Abschnitt der Baunutzungsverordnung (BauNVO)
Erschließung
Baugrundverhältnisse

B. Bauart und Baustoffe

- Massivhaus
 Fertighaus**
 Ausbauhaus**
 Bausatzhaus**

** Bitte Bemusterung des Herstellers beifügen

Fabrikat/System/Hersteller

<table border="1"> <tr><td>Kelleraußenwände</td></tr> <tr><td>Kellerinnenwände (tragende Wände)</td></tr> <tr><td>Geschossaußenwände</td></tr> <tr><td>Geschossinnenwände</td></tr> <tr><td>Kellerdecken</td></tr> <tr><td>Geschossdecken</td></tr> <tr><td>Kellertreppe</td></tr> <tr><td>Geschosstreppe</td></tr> <tr><td>Dachkonstruktion</td></tr> <tr><td>Dachdeckung</td></tr> <tr><td>Außenwandflächen (Material)</td></tr> <tr><td>Innenwandflächen (Material)</td></tr> </table>	Kelleraußenwände	Kellerinnenwände (tragende Wände)	Geschossaußenwände	Geschossinnenwände	Kellerdecken	Geschossdecken	Kellertreppe	Geschosstreppe	Dachkonstruktion	Dachdeckung	Außenwandflächen (Material)	Innenwandflächen (Material)	<table border="1"> <tr><td>Fenster (Art, Typ, Material)</td></tr> <tr><td>Fensterläden (Art, Typ, Material)</td></tr> <tr><td>Türen (Art, Typ, Material)</td></tr> <tr><td>Geschossfußböden (Gesamter Deckenaufbau) Wohnräume</td></tr> <tr><td>Geschossfußböden (Gesamter Deckenaufbau) Küche, Bad und so weiter</td></tr> <tr><td>Bautechnische Sondermaßnahmen für den Wärmeschutz</td></tr> <tr><td>Bautechnische Sondermaßnahmen für den Schallschutz</td></tr> <tr><td>Sonstiges</td></tr> </table>	Fenster (Art, Typ, Material)	Fensterläden (Art, Typ, Material)	Türen (Art, Typ, Material)	Geschossfußböden (Gesamter Deckenaufbau) Wohnräume	Geschossfußböden (Gesamter Deckenaufbau) Küche, Bad und so weiter	Bautechnische Sondermaßnahmen für den Wärmeschutz	Bautechnische Sondermaßnahmen für den Schallschutz	Sonstiges
Kelleraußenwände																					
Kellerinnenwände (tragende Wände)																					
Geschossaußenwände																					
Geschossinnenwände																					
Kellerdecken																					
Geschossdecken																					
Kellertreppe																					
Geschosstreppe																					
Dachkonstruktion																					
Dachdeckung																					
Außenwandflächen (Material)																					
Innenwandflächen (Material)																					
Fenster (Art, Typ, Material)																					
Fensterläden (Art, Typ, Material)																					
Türen (Art, Typ, Material)																					
Geschossfußböden (Gesamter Deckenaufbau) Wohnräume																					
Geschossfußböden (Gesamter Deckenaufbau) Küche, Bad und so weiter																					
Bautechnische Sondermaßnahmen für den Wärmeschutz																					
Bautechnische Sondermaßnahmen für den Schallschutz																					
Sonstiges																					

*) In diesem Antrag verwendete Bezeichnungen wie „Bauherr“ oder „Planverfasser“ werden geschlechtsunspezifisch verwendet. Dies erfolgt aus Gründen der Lesbarkeit und beinhaltet weder Ausschluss noch Wertung.

Alle Antragsteller versichern die Richtigkeit der Angaben in diesem Antrag: (Hinweis: Alle Seiten sind zu unterschreiben)

C. Versorgungs-Einrichtungen / Ausstattung

Wasser Abwasser Strom Gas

Heizungseinrichtungen für sämtliche Räume

ja nein

Einzelheizung Kachelofenheizung

Zentralheizung im Haus

mit Niedertemperatur-Heizkessel
 mit Brennwertkessel

Heizenergie

Kohle Öl Gas Strom

Anschluss an eine

Nahwärmeversorgung Fernwärmeversorgung
 Einzelheizgeräte / Zusätzlicher Einzelofen

Warmwasserversorgung für sämtliche Zapfstellen

ja Wenn ja: mit Einzelgeräten
 nein zentrale Warmwasserbereitung

Wohnungsabschluss	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
WC	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Eingerichtetes Bad	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Anschlüsse für Einbauküche	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Einbaumöbel	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Fernsehsammelanschluss	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Spüle	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Herd	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Kühlschrank	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Waschmaschine	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Hausfernsprecher mit Türschließenanlage	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Aufzug	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Besonderes

D. Außenanlagen

Hof- und Zuwegbefestigung
Einfriedungen
Gärtnerische Anlagen

E. Erklärungen

Die öffentlich rechtlichen Bauvorschriften, die Vorschriften der Energieeinsparverordnung in der aktuellen Fassung sowie die Vorschriften zur Verwendung erneuerbaren Energien werden eingehalten. Auf Verlangen werden wir entsprechende behördliche Bestätigungen vorlegen.

F. Erläuternde/Ergänzende Beschreibung der Baumaßnahme

Der Bauherr und der Planverfasser verpflichten sich bei der Planung und der Ausführung des Bauvorhabens, die Verwaltungsvorschrift des Landes Baden-Württemberg zum Landeswohnraumförderungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung zu beachten. Insbesondere ist uns die Verpflichtung zur Führung eines Baubuches bekannt.

Datum	Bauherr	Planverfasser
-------	---------	---------------

L-Bank Schlossplatz 10 76113 Karlsruhe	Identifizierung / Stellungnahme des Bürgermeisteramtes
---	---

PLZ / Bürgermeisteramt

Eingangsstempel L-Bank

A. Allgemeine Angaben zum Antragsteller*) / Identifizierung

Bauherr:

Name	
Geburtsname, früherer Name	Vorname
Geburtsort, Geburtsdatum	
Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Telefon	Fax
E-Mail	
Wenn Wohnort im Ausland, bitte Staat angeben	
Staatsangehörigkeit	

Name	
Geburtsname, früherer Name	Vorname
Geburtsort, Geburtsdatum	
Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Telefon	Fax
E-Mail	
Wenn Wohnort im Ausland, bitte Staat angeben	
Staatsangehörigkeit	

Bauort:

Straße, Hausnummer		Flurstücknummer
PLZ	Ort	
Bitte unbedingt angeben!	6 -stellige Gemeinde-Kennziffer	Gemarkung

Es wird bestätigt, dass der Antrag durch den Bauherrn / Bewerber

Person 1
ausgewiesen durch <input type="checkbox"/> Personalausweis <input type="checkbox"/> Reisepass
Nummer: <input type="text"/> gültig bis (Datum) <input type="text"/>
ausgestellt durch (Angabe der Behörde) <input type="text"/> ausgestellt am (Datum) <input type="text"/>

Person 2
ausgewiesen durch <input type="checkbox"/> Personalausweis <input type="checkbox"/> Reisepass
Nummer: <input type="text"/> gültig bis (Datum) <input type="text"/>
ausgestellt durch (Angabe der Behörde) <input type="text"/> ausgestellt am (Datum) <input type="text"/>

persönlich eingereicht wurde. Die gültigen Originalausweise (Personalausweis/Reisepass) der persönlich erschienenen Antragsteller haben mir persönlich vorgelegen:

*) In diesem Antrag verwendete Bezeichnungen wie „Antragsteller“ oder „Bauherr“ werden geschlechtsunspezifisch verwendet. Dies erfolgt aus Gründen der Lesbarkeit und beinhaltet weder Ausschluss noch Wertung.

Ort, Datum	(Siegel)	Unterschrift mit Vorname/Name
------------	----------	-------------------------------

Bearbeitungsvermerk der L-Bank (wird von der L-Bank ausgefüllt)			
Kundennummer / Obligonummer			
Kostenstelle		Sachbearbeiter Kennzeichen	

B. Stellungnahme des Bürgermeisteramtes

1. Angaben über die Lage des Baugrundstücks innerhalb des Gemeindegebiets

Das Baugrundstück liegt im Ortsteil Stadtteil _____

Es handelt sich um

- ein Vorhaben in einem Ortszentrum/Ortsteilzentrum
Als Ortszentrum gelten überwiegend vor 1950 besiedelte innerstädtische und innerdörfliche Flächen, die in einem engen räumlichen Bezug zu einem historischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Zentrum der Gemeinde stehen.

2. Angaben zum Grundstück

aktueller Bodenrichtwert Euro/m²

- Erschließung enthalten
 Erschließungskosten von Euro/m² fallen noch an

3. Bestehen Eintragungen im Baulastenverzeichnis?

- nein
 ja Wenn ja, bitte Kopie des Auszuges aus dem Baulastenverzeichnis beifügen.

4. Bestehen Eintragungen im Altlastenkataster?

- nein
 ja Wenn ja, bitte Kopie des Auszuges aus dem Altlastenkataster beifügen.

5. Ist das Grundstück vermessen?

- ja
 nein

Wenn nein:

Die Gemeinde übernimmt für alle im Darlehensantrag aufgeführten Darlehen der L-Bank die Ausfallbürgschaft, bis die Darlehen bedingungsgemäß gesichert sind. Die Ausfallbürgschaft wird unter den in der jeweils gültigen Fassung der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über allgemeine Genehmigungen nach dem Gemeindegewerkschaftsrecht (VwV-Freigrenzenerlass) genannten Bedingungen übernommen.

Die Gemeinde bestätigt, dass die in diesem Erlass genannten besonderen Voraussetzungen (zum Beispiel, dass das Grundstück aus vom Antragsteller nicht zu vertretenden Gründen nicht innerhalb einer zumutbaren Frist vermessen werden kann) vorliegen.

L-Bank
Schlossplatz 10
76113 Karlsruhe

Erläuterungen zum Antrag Eigentumsförderung

Vorbemerkung

Diese Erläuterungen sollen Ihnen beim Ausfüllen des Antrages helfen. Verwenden Sie diesen Antrag bitte, wenn Sie eine Wohnung zur Selbstnutzung bauen oder kaufen wollen.

Fördermittel für selbst genutzten Wohnraum werden nach Vorschriften vergeben, die Sie unter anderem im Landesgesetz zur Förderung von Wohnraum und Stabilisierung von Quartierstrukturen (Landeswohnraumförderungsgesetz - LWoFG) des Landes Baden-Württemberg (Gesetzblatt Baden-Württemberg 2007, 581 ff.) finden.

Andere gesetzliche Bestimmungen verpflichten uns auch zur persönlichen Identifizierung unserer neuen Kunden. Diese kann durch die Wohnraumförderungsstelle Ihres Landratsamtes oder das Bürgermeisteramt des Bauortes erfolgen. Deshalb sollte der Antrag von sämtlichen Antragstellern persönlich dort abgegeben werden. Bringen Sie hierzu auch Ihren Personalausweis mit. Ist ein persönliches Erscheinen nicht möglich, muss die Identifizierung spätestens vor Darlehensauszahlung, zum Beispiel durch einen Notar oder durch den Postident Service erfolgen.

Der Antrag ist in **zweifacher Fertigung** bei der Wohnraumförderungsstelle Ihres Landratsamtes oder beim Bürgermeisteramt des Bauortes einzureichen. Voraussetzung für eine Förderzusage der L-Bank ist unter anderem ein Fördervorschlag der für den Bauort zuständigen Wohnraumförderungsstelle beim Landratsamt oder in Stadtkreisen beim Bürgermeisteramt. Auch diese Stellen informieren und beraten Sie zur Wohnraumförderung.

Bitte unbedingt beachten:

Wenn Sie den Förderantrag beim Bürgermeisteramt beziehungsweise der Wohnraumförderungsstelle abgegeben haben, dürfen Sie nicht sofort kaufen oder mit dem Bau beginnen. Das dürfen Sie erst, wenn Ihnen mitgeteilt wurde, dass Ihr Förderantrag bei der L-Bank eingegangen ist. Ihre Finanzierung ist aber erst gesichert, wenn Sie die Förderzusage der L-Bank haben. **Wir raten Ihnen deshalb, auch unsere Förderzusage abzuwarten.**

I. Persönliche Angaben

Zu Ziffer 1: Antragsteller*)

Beantragt werden die Fördermittel von den hier genannten Personen. Sie haben auch als Gesamtschuldner die Verpflichtungen aus dem mit der L-Bank abzuschließenden Darlehensvertrag zu übernehmen. Sie sind gemeinsam (künftige) Eigentümer oder Erbbauberechtigte eines Grundstücks oder kaufen zusammen eine Eigentumswohnung.

Die Antragsteller haben auf Verlangen ihren Personenstand nachzuweisen oder glaubhaft zu machen.

Angaben zum Güterstand sind nur von verheirateten Antragstellern zu machen. Üblich ist bei Antragstellern mit deutscher Staatsangehörigkeit der gesetzliche Güterstand der Zugewinnungsgemeinschaft, der immer gilt, wenn nichts anderes durch Ehevertrag vereinbart wurde. Antragsteller mit ausländischer Staatsangehörigkeit geben den vergleichbaren Güterstand nach deutschem Recht an. Sie können auch den Namen des Güterstandes gesondert angeben und erläutern.

Soweit eine Lebenspartnerschaft besteht, ist üblicherweise von einer Ausgleichsgemeinschaft auszugehen. Ein Lebenspartnerschaftsvertrag wird notariell abgeschlossen.

Auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaften sind Lebensgemeinschaften, die eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen und Miteigentümer werden. In diesen Fällen ist eine Antragstellung ausgeschlossen, soweit einer oder beide Partner jeweils noch mit Dritten verheiratet sind und das Scheidungsverfahren noch nicht eingeleitet wurde. Die Förderzusage wird erst nach Vorlage des Scheidungsurteils erteilt.

Antragsteller ohne deutsche Staatsangehörigkeit können Fördermittel erhalten, wenn einem Aufenthalt auf Dauer nichts im Wege steht, denn die Eigentumsförderung zielt auf die dauerhafte Wohnraumversorgung. Entsprechende Nachweise zur Aufenthaltsberechtigung sind vorzulegen. Dies ist die Niederlassungserlaubnis (früher: unbefristete Aufenthaltserlaubnis).

Geben Sie bitte jeweils das genaue Alter der Kinder an, da beim Kreis der Förderberechtigten im Regelfall nur Kinder bis zum 18. Lebensjahr berücksichtigt werden.

Zu Ziffer 3: Arbeitsverhältnis/Elternzeit

Bei der Förderung von selbst genutztem Wohneigentum muss die Belastung auf Dauer tragbar erscheinen (§ 10 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 LWoFG). Dies setzt die Kreditwürdigkeit oder Bonität voraus, damit die angestrebte langfristige Wohnraumversorgung erreicht wird. Voraussetzung hierfür sind unter anderem langfristige ausreichende Geldeinnahmen.

Soweit Elternzeit in Anspruch genommen wird, ist eine Erklärung erforderlich, ob nach Ablauf der Elternzeit die Erwerbstätigkeit wieder aufgenommen wird und in welchem Umfang (zum Beispiel halbtags statt bisher ganztags).

Zu Ziffer 4. Angaben zum Bruttoeinkommen

Fördervoraussetzung ist unter anderem die Einhaltung bestimmter Einkommensgrenzen. Maßgebend ist das voraussichtliche Gesamteinkommen des Haushalts, das heißt das voraussichtliche Jahreseinkommen aller Haushaltsangehörigen im Monat der Antragstellung und in den folgenden elf Monaten.

*) In diesem Antrag verwendete Bezeichnungen wie „Antragsteller“ werden geschlechtsunspezifisch verwendet. Dies erfolgt aus Gründen der Lesbarkeit und beinhaltet weder Ausschluss noch Wertung.

Haushaltsangehörige sind, sofern sie zusammen mit dem Antragsteller in einem Haushalt leben und eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft führen,

- der Antragsteller und sein Ehegatte
- der Lebenspartner
- Geschwister, Tante, Onkel
- der Partner einer auf Dauer angelegten Lebensgemeinschaft

sowie deren Verwandte in gerader Linie (Großeltern, Kinder, Enkel) und zweiten Grades in der Seitenlinie (Geschwister), Verschwägerter in gerader Linie (Schwiegereltern, Stiefeltern, -kinder) und zweiten Grades in der Seitenlinie (Schwager und Schwägerin).

Jahreseinkommen nach § 12 Absatz 2 LWoFG

1. ist bei nicht selbständiger Arbeit der Bruttojahresverdienst abzüglich der Werbungskosten,
2. ist bei selbständiger Tätigkeit, auch in der Land- und Forstwirtschaft oder in einem Gewerbebetrieb, der Gewinn; liegt kein Steuerbescheid vor, ist Jahreseinkommen der Überschuss der Betriebseinnahmen über die Betriebsausgaben,
3. ist bei Vermietung und Verpachtung sowie Kapitalvermögen der Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten,
4. sind wiederkehrende Bezüge aus Renten und Pensionen, aus Altersvorsorgevermögen sowie aus unabhängigen Tätigkeiten und Versorgungsleistungen aus Vermögensübergabeverträgen abzüglich der Werbungskosten.

Ein Ausgleich mit negativem Einkommen aus anderen Einkommensarten oder mit negativem Einkommen anderer Haushaltsangehöriger ist nicht zulässig.

Bruttojahresverdienst ist der Bruttolohn oder das Bruttogehalt einschließlich aller tariflichen und außertariflichen Leistungs-, Sozial- und sonstigen Zulagen und Zuschlägen (insbesondere Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Gratifikationen, 13. und 14. Monatsgehalt, Gewinnbeteiligungen, Tantiemen). Zum Bruttojahresverdienst zählen auch vermögenswirksame Leistungen des Arbeitgebers oder von ihm übernommene Lohnsteuerbeträge und Versicherungsprämien. Sachbezüge und Zahlungen zum Ausgleich für bestimmte Mehraufwendungen zählen nicht zum Bruttojahresverdienst.

Einzutragen sind die Einnahmen der letzten zwölf Monate vor Antragstellung, wenn sichere Aussagen über die im Monat der Antragstellung und den folgenden 11 Monaten zu erwartenden Einnahmen nicht möglich sind. Tragen Sie bitte die Einnahmen einzeln und mit ihrem Bruttobetrag ein.

Es sind alle Einnahmen in Geld anzugeben.

Zu den Einnahmen gehören unter anderem die Gehälter, Löhne, Gratifikationen, Tantiemen, Warte- und Ruhegelder, Witwen- und Witwerrenten, Waisengelder, Renten einschließlich Zusatz- und Betriebsrenten, Einnahmen aus selbständiger Tätigkeit, aus Gewerbebetrieb, Land- und Forstwirtschaft, aus Kapitalvermögen (zum Beispiel Zinsen auf Sparguthaben), aus Vermietung und Verpachtung, Lohnersatzleistungen, Unterhaltsleistungen.

Für jede Einkommensart sind die Werbungskosten/Betriebsausgaben gesondert anzugeben und nachzuweisen

Bei Einnahmen aus nicht selbständiger Arbeit und Kapitalvermögen wird der Werbungskostenpauschbetrag bereits von Amts wegen berücksichtigt.

Kindergeld ist bei den sonstigen Einnahmen nicht anzugeben.

Die Einnahmen können wie folgt nachgewiesen werden:

- Verdienstbescheinigung der letzten drei Monate und Ähnliches;
- Belege über einmalige jährliche Sonderzahlungen wie zum Beispiel Weihnachts-, Urlaubsgeld und Ähnliches;
- Bei Selbständigen: Jahresabschlüsse der letzten 3 Jahre (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Einnahmen-/Ausgaben-/Überschussrechnung mit Prüfungsvermerk des Steuerberaters) und die jeweiligen Einkommensteuerbescheide;
- Rentenbescheide mit den jeweils letzten Änderungsmitteilungen;

Zu Ziffer 5: Kindergeld

Geben Sie hier bitte die Anzahl der zum Bezug von Kindergeld berechtigenden Kinder an, selbst wenn Sie anstelle des Kindergeldes steuerliche Kinderfreibeträge geltend gemacht haben. Die Höhe des Kindergeldes können Sie in einem Gesamtbetrag angeben.

Das Kindergeld beträgt ab 1. Januar 2009:

- jeweils 164 Euro für das erste und zweite Kind,
- 170 Euro für das dritte Kind und
- 195 Euro für das vierte und jedes weitere Kind

Zu Ziffer 6: Veränderungen der Einnahmen

Kreuzen Sie "Ja" bitte nur an, wenn Ihnen auch schon der neue monatliche Betrag bekannt ist. Beim "Grund" für die Veränderung der Einnahmen ist auch eine Veränderung bei der Art der Einnahmen anzugeben.

Beispiel:

Bisher waren Sie Angestellter. Demnächst machen Sie sich beruflich selbständig. Dann ist unter Grund "selbständig" anzugeben.

Zu Ziffer 9: Vermögensverhältnisse

Hier nennen Sie bitte nur die Vermögenswerte, die Sie nicht für die Finanzierung Ihres Vorhabens einsetzen wollen.

Ausgeschlossen ist eine Förderung, wenn sie auch bei Einhaltung der Einkommens- und Belastungsgrenze offensichtlich nicht gerechtfertigt wäre. Dies gilt vor allem dann, wenn die vorhandenen Eigenmittel bereits zur angemessenen Versorgung mit Wohnraum ausreichen.

Jede bereits vorhandene eigene Wohnung ist – unabhängig von ihrer Nutzung – getrennt anzugeben. Ist eine eigene Wohnung bereits vorhanden oder wurde sie kurz zuvor aufgegeben, so ist im Regelfall eine Förderung ausgeschlossen, wenn sie von ausreichender Größe und ausreichendem Zuschnitt ist. Bei einem 4-Personen-Haushalt wird eine Wohnung von 90 m² Wohnfläche als ausreichend angesehen.

Zu Ziffer 10: sonstige Verpflichtungen:

Bitte geben Sie alle sonstigen Verpflichtungen wie Konsumentenkredite und Unterhaltszahlungen an. Bürgen Sie für Darlehen Dritter, so wird auch hier Ihre Belastung fiktiv berechnet. Dabei wird so gerechnet wie wenn Sie als Bürge zahlen und hierfür einen Kredit aufnehmen müssten.

II. Bauvorhaben

Zu Ziffer 11: Grundstück

Sind oder werden Sie Erbbauberechtigter, achten Sie bitte darauf, dass das Erbbaurecht auf eine angemessene Dauer bestellt ist. Bei Neubestellung von Erbbaurechten wird ein Zeitraum von 99 Jahren, mindestens aber von 75 Jahren erwartet. Im Übrigen ist darauf zu achten, dass das Erbbaurecht noch so lange läuft, dass Sie im Alter nicht Ihr Heim verlieren und das Erbbaurecht frühestens zehn Jahre nach der vollständigen Rückzahlung der grundpfandrechtl. gesicherten Darlehen endet.

Zu Ziffer 12: Orts- bzw. Ortsteilzentrum

Als Ortszentrum gelten überwiegend vor 1950 besiedelte innerstädtische und innerdörfliche Flächen, die in einem engen räumlichen Bezug zu einem historischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Zentrum der Gemeinde stehen.

Für Vorhaben in einem Ortszentrum (auch Ortsteilzentrum) wird eine zusätzliche Förderung gewährt. Eine zusätzliche Förderung erhalten Sie jedoch nur, wenn Ihnen die Gemeinde das Vorliegen der genannten Voraussetzungen für das zu fördernde Vorhaben bestätigt. Fragen Sie also vor Antragstellung bei Ihrer Bauortgemeinde nach.

Zu Ziffer 14: Wohnungsgröße

Der Berechnung der Wohnfläche ist bis zur Veröffentlichung der Verwaltungsvorschrift zum Landeswohnraumförderungsgesetz die Verordnung zur Berechnung der Wohnfläche vom 25. November 2003 (Bundesgesetzblatt I, 2003, Seite 2346 und folgende Seiten) zugrunde zu legen.

III. Kostenaufstellung

In der Kostenaufstellung füllen Sie entweder Ziffer 15, 16 oder 17 aus.

Zu Ziffer 15: Neubau

Beim Baugrundstück geben Sie bitte den Preis für den Quadratmeter sowie den jeweiligen Gesamtpreis an.

Dies gilt nicht, wenn Sie auf einem Erbbaurechtsgrundstück bauen. Zu den Kosten des Baugrundstücks zählen hier nur die Erwerbs- und Erschließungskosten, die bei Bestellung oder Erwerb des Erbbaurechts und bei Durchführung des Bauvorhabens entstehen.

Beim Erwerb vom Bauträger und beim Erwerb von gebrauchten Objekten ist eine Aufgliederung nach Kosten für Gebäude, Außenanlagen und so weiter häufig nicht möglich. Ausreichend ist dann die Angabe des Gesamtpreises.

Zu den Erschließungskosten gehören auch

- Kosten zur Erlangung der freien Verfügung über das Grundstück und für das Herrichten des Grundstücks,
- Anliegerleistungen für Straßen, Gehwege, Entwässerungs- und Versorgungsanlagen.

Die Kosten vom Hausanschluss an das Leitungsnetz gehören zu den Kosten der Außenanlagen. Zu den reinen Baukosten gehören dagegen die Kosten der Entwässerungs- und Versorgungsanlagen innerhalb des Gebäudes.

Bei den Baukosten geben Sie bitte den Kubikmeterpreis und den jeweiligen Gesamtpreis an. Die Berechnung des umbauten Raumes richtet sich nach DIN 277.

Bei den Architekten- und Ingenieurkosten sind höchstens die Sätze der Gebührenordnung (HOAI) anzusetzen.

Bei den sonstigen Nebenkosten sind beispielsweise einzukalkulieren die Kosten:

- für die Zwischenfinanzierung während der Bauzeit,
- für bewegliche Sachen, die nicht fest mit dem Grundstück oder der Außenanlage verbunden sind, zum Beispiel Müllkästen, Feuerlöschgeräte.

Zu Ziffer 16: Kauf von gebrauchtem Wohnraum/Änderung oder Erweiterung:

Beim Erwerb von Wohnraum, der älter als 4 Jahre ist, können erwerbsnahe Modernisierungsaufwendungen vor Bezug der Immobilie bei der Förderung berücksichtigt werden. Unter Modernisierungsaufwendungen versteht man folgende Maßnahmen:

- a) Maßnahmen zur Erhöhung des Gebrauchswertes
- b) Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit
- c) Maßnahmen zur Verbesserung des Wärmeschutzes und der Verminderung des Heizenergiebedarfs
- d) Instandsetzungsmaßnahmen

Die entsprechenden Maßnahmen kreuzen Sie in der Ziffer 16 entsprechend an. Gegebenenfalls sind die geplanten Modernisierungsmaßnahmen formlos bei Antragstellung mit einer Kostenaufstellung darzustellen.

Zu Ziffer 17: Anpassungsförderung

Sie haben bereits ein eigengenutztes Objekt und möchten dieses entsprechend behindertengerecht auf Ihre persönlichen Verhältnisse oder barrierefrei nach DIN 18025 Teil 1 oder 2 anpassen. Tragen Sie dann unter Ziffer 17 Ihre Gesamtkosten dieser Baumaßnahme ein.

Zu Ziffer 18: Mehrkosten

Bei den Mehrkosten sind die Kosten anzugeben, die

- durch die innovative Bauausführung,
- durch die ökologisch wirksame Bauausführung,
- durch die spezifische behindertengerechte Bauausführung für einen schwerbehinderten Menschen oder
- für die barrierefreie Bauausführung nach DIN 18025 Teil 1 oder 2

entstehen. Diese Mehrkosten sind im Einzelnen nachzuweisen. Für diese Mehrkosten, die in den Baukosten nach Ziffer 15, 16 oder 17 bereits enthalten sind, können Sie eine zusätzliche Förderung erhalten.

IV. Finanzierung

Zu Ziffer 19: Finanzierungsplan

Im Finanzierungsplan sind die Darlehensgeber in der Reihenfolge zu nennen, wie die Absicherung im Grundbuch erfolgen soll. Dabei wurde die regelmäßige Rangfolge für die von der L-Bank gewünschten Darlehen bereits vorgegeben.

Bitte beachten Sie, eigene Barmittel dürfen **nicht** aus einem Darlehen stammen. Diese Mittel sind unter sonstigen Finanzierungsmitteln anzugeben.

Die Selbsthilfe ist in Höhe der dabei ersparten Baukosten anzusetzen. Wir warnen vor überhöhten Ansätzen, weil nach der Erfahrung dies häufig zu Finanzierungslücken führt und Sie finanziell gefährdet. Auch verlängert das häufig die Bauzeit.

Ist der Zinssatz für Fremdmittel auf weniger als 8 Jahre festgeschrieben und liegt er unter 8 %, so wird in der Gesamtbelastung eine Fiktivberechnung mit einem Zinssatz von 6,5 % aufgestellt. Hintergrund ist, dass die Gesamtbelastung auf Dauer tragbar sein muss. Mit dieser Fiktivberechnung soll auch den Risiken Rechnung getragen werden, die dadurch entstehen, dass bei Ablauf der Zinsfestschreibung das Zinsniveau gestiegen ist.

Zu Ziffer 20: Objektbelastung

Zu der Belastung aus der Finanzierung sind noch die Bewirtschaftungskosten hinzuzurechnen.

V. Erklärung der Antragsteller

Zu Ziffer 21: Bestehende Geschäftsverbindung

Hintergrund dieser Frage sind Verpflichtungen, die den Banken nach dem Gesetz über das Kreditwesen (KWG) obliegen.

Zu Ziffer 23: Vorzeitiger Baubeginn

Ein vorzeitiger Baubeginn liegt vor, wenn vor Aufnahme des Antrags in das Förderprogramm zum Beispiel

- der Rohbau in Auftrag gegeben wird
- ein Vertrag über die Lieferung eines Fertighauses, ein notarieller Vertrag, ein verbindlicher genossenschaftlicher Kaufanwartschaftsvertrag oder ein sonstiger Vertrag mit entsprechendem wirtschaftlichen Inhalt geschlossen wird oder
- mit den Bauarbeiten begonnen wird

Zu Ziffer 27: Unterlagen

Folgende Unterlagen sind mindestens – soweit nicht anders angegeben – einmal im Original oder in beglaubigter Fotokopie (Bestätigung durch Wohnraumförderungsstelle ausreichend) beizufügen:

- Lageplan bzw. Lageplanskizze, auch für Garagen. Für die Beantragung der Fördermittel reicht eine Kopie des Lageplans aus, wie er bei der Gemeinde vorliegt. Ein amtlicher Lageplan wird gegebenenfalls nachgefordert.
- Bauzeichnungen, auch für Garagen, wie sie nach dem Kenntnissgabeverfahren oder Baugenehmigungsverfahren notwendig sind. Falls erforderlich, können weitere Unterlagen durch die L-Bank nachgefordert werden.
- Baubeschreibung nach Vordruck 9050 in zweifacher Fertigung,
- Detaillierte Wohnflächenberechnung in zweifacher Fertigung,
- Detaillierte Berechnung des umbauten Raumes in zweifacher Fertigung,
- Unbeglaubigte Grundbuchabschrift neuesten Datums,
- Schriftliche Nachweise der Fremdmittel und Eigenleistungen.

Die schriftlichen Finanzierungszusagen der Geldgeber müssen aktuell sein und neben dem Betrag genaue Angaben zum Darlehensbetrag sowie die Zins-, Auszahlungs- und Rückzahlungsbedingungen enthalten. Bei Darlehenszusagen von Bausparkassen benötigen wir zusätzlich die Ansparsumme.

Zum Nachweis der Selbsthilfe nutzen Sie bitte unseren Vordruck 0004, unterschrieben vom Bauherrn, Architekten und den Helfern (mit Berufsangaben),

- Einkommensnachweise aller Haushaltsangehörigen über das Bruttoeinkommen im Jahr vor der Antragstellung und über das aktuelle Bruttoeinkommen (siehe Ziffer 5) sowie gegebenenfalls einen Einkommensteuerbescheid,
- gegebenenfalls Nachweise zur Schwerbehinderung,
- Foto des Objekts bei Erwerb von gebrauchtem Wohnraum,
- Nachweise über Kindergeld, sofern vorhanden.